

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Versammlungskosten teils pro Heft 25 Pf. — Geschäftsblätter werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bottum, Wismarhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: Alverband Bottum.

Kriegsende im Osten.

Das Blutvergießen im Osten ist eingestellt. Am 3. März 1918 haben in Brest-Litowsk die Bevollmächtigten der gegenwärtigen russischen Nachbarn einen Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits, in dem die Vertragsschließenden versprochen: „Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.“ Sodann wurde mit Rumänien am 5. März ein Vorvertrag und eine vierwöchentliche Waffenruhe vereinbart, innerhalb welcher der endgültige Frieden abzuschließen ist.

Unsere östlichen Landesgrenzen sind damit von feindlicher Bedrohung befreit. Der um Deutschland und seine Verbündeten gelegte feindliche Ring ist gesprengt. Das Blutvergießen ist nun wenigstens im Osten beendet, und es besteht die Hoffnung, daß wir unsere sehr knapp vorhandenen Lebensmittelvorräte durch Zufuhren aus den vom Krieg nur indirekt betroffenen Gebieten des einstigen Reichs reichlich ergänzen können.

Spätere Geschichtsschreiber werden weit besser wie wir Zeitgenossen, denen die gewaltigen Geschicke noch zu nahe sind, als daß wir ihre ungeheure Größe völlig ermessen können, die militärischen Leistungen des deutschen Volkes zu würdigen wissen. Ob aber unsere Kinder und Enkelkinder eine ungetrübte Freude an den jetzt abgeschlossenen östlichen Friedensverträgen haben werden, darüber gehen die Meinungen außerordentlich weit auseinander. Gewiß freute sich das deutsche Volk herzlich über das Aufheben der Mensch- und Sachvernichtung und ist deshalb geneigt, manches Unerwünschte milder zu beurteilen. Aber in diese Freude zwängt sich die ernste Sorge hinein, ob denn der abgeschlossene Friede auch von Dauer ist! Ob er nur das Ende dieses Krieges, kein Dauerfriede, sondern nur ein fauler Friede, ein mehr oder weniger langer Waffenstillstand ist.

Es ist nicht zu leugnen, daß die bolschewistischen Regierungsbevollmächtigten durch ihre unsinnige, die Wirklichkeit außer acht lassende „Diplomatie“ den mitteleuropäischen Eroberungspolitikern mächtig Wasser auf die Mühlen geklopft haben. Was aus dem Rußland der letzten Wochen an Gräueltaten und Terroristengeschichten von der Presse gemeldet worden ist, davon glauben wir höchstens ein Viertel, und damit werden wir wahrscheinlich noch recht gläubig sein. Wir brauchen uns nur der wüsten Schreckensnachrichten zu erinnern, die anlässlich der großen Bergarbeiterstreiks 1889, 1905 und 1912 von der arbeitereindlichen Presse in die Welt hinaus geschickt worden sind, um uns deutlich zu vergegenwärtigen, wie erfinderisch die Reporterphantasie und wie geduldig das Papier sein kann.

Nach Abzug der Erfindungen bleibt aber doch an Gewalttätigkeiten der russischen Bolschewisten ein so gerütteltes Maß voll übrig, daß man ihnen und der Wirklichkeitsfremden „Diplomatie“ der Herren Trotski, Nadezhdin und Genossen ein sehr großes Teil Schuld an den für ihr Land viel ungünstigeren Friedensbedingungen, als sie einige Wochen früher in Brest-Litowsk zu erreichen waren, zubilligen muß. Es schadet nichts, darauf hinzuweisen, daß vor dem Kriege auch in der deutschen Arbeiterbewegung diverse Persönlichkeiten, denen wir nun unter den russischen Bolschewisten begegnen, eine dirigierende Rolle zu spielen suchten. Namentlich unsere Gewerkschaftsbewegung wollten die phantastischen Ueberbauradikalen in ihren Bannkreis zwingen. Glücklich hatten sie damit allerdings nicht, aber Bank und Streit zettelten sie in den Orten an, wo sie sich heimlich machten. Wohin schließlich ihre verblüffte Nichts-als-Theoretikerei die Arbeiterbewegung gebracht hätte, wenn nicht unsere Gewerkschaftsorganisationen dem einen Damm entgegenwärt, das haben die wenigen Monate unbedingter bolschewistischer „Regierungskunst“ in Rußland aufgeheilt.

Ueber den Rußland jetzt aufzunehmenden Friedensvertrag sind unsere Mitbürger erfreut — bezeichnend genug — die große Masse des deutschen Volkes aber fürchtet zukünftige freigelegte Verwicklungen mit dem wiedererstarkten Rußland. Die russische Delegation hat den Vertrag mit Protest unterzeichnet, sie hat diesem Frieden den Charakter eines Verständigungsfriedens abgesprochen. Und die Abschiedsrede in Brest-Litowsk stimmte gar nicht überein mit dem Vertragsinhalt: „Sie sind ent-

schlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.“

Unsere Eroberungspolitik ist zunächst befriedigt von der Abtrennung der „Randvölker“ von Rußland, und drängt nun auf die allerengste Vereinigung der „Randgebiete“ mit Deutschland. Es soll sich in der Rolle des Befreiers der Letten, Litauer, Esten, Polen, Finnen, Weißrussen, Ukrainern und wer weiß welcher Völkerstämme sonst noch gefallen. Wenn diese Völkerstämme sich im freien Entschluß für ein enges Bündnis mit uns entscheiden, dann mag dem loyal entsprochen werden. Aber wo ist bisher dieser freie Entschluß? Wir sehen überdies, das nicht einladende Beispiel des böllischen und sprachreichen Österreich vor uns, und wir fürchten die Entstehung eines bössartigen europäischen Wettstreits in den von Rußland abgetrennten „Randgebieten“, eines verärrerten Balkans, wenn unsere Regierung die Wahrnehmung deutscher „Belange“ im Sinne der „Mitteleuropäer“ verstehen wollte. Gaben sich schon die nationalindifferenten Völkchen nur unter scharfem Protest mit der Abtrennung großer Gebiete von Großrußland abgefunden, wie wird die Antwort erst lauten, wenn, was nach den neuesten Ereignissen höchstwahrscheinlich ist, die nationalistischen Parteien in Rußland wieder zur Macht gelangen? Wir sorgen uns nicht um Rußland und die „Randvölker“, sondern um das deutsche Volk und den Weltfrieden! Es kann nicht unsere Aufgabe sein, im Bereich irgendwelcher „Randvölker“ als „Befreier“ aufzutreten, sondern wir müssen diesen die Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten selbst überlassen, fernerhin in unserer Vaterlande selbst sehr viel Befreiungs- und Reformarbeit zu schaffen ist!

Nun steht noch der Abschluß des Kriegsdramas im Westen aus. Seltener wie der Ruhm auch der genialsten Schlachtenlenker werden die Namen der Staatsmänner durch die Weltgeschichte strahlen, denen es gelänge, vor dem Ausbruch des beiderseitig fieberhaft vorbereiteten, zweifellos entsetzlich blutigen Endkampfes im Westen zu einem Verständigungsfrieden zu kommen. Unabsehbar viele Tausende Menschenleben wären dann gerettet, eine neue Unsumme von Vernichtung, Jammer, Elend, Verzweiflung und Schmerz wäre dann vermieden. Aber wo sind diese Staatsmänner? Mit Gewalt suchen sie die zweifellos auch in England, Frankreich und Italien starkandauernde Friedensfreundliche Bewegung zu unterdrücken, die Völker immer wieder für den Krieg „bis zum bitteren Ende“ aufzuwecken. Die amerikanische Sektion des internationalen Großkapitals läßt tüchtig ins Kriegsgewehr blasen, in der nicht unberechtigten Hoffnung, auf den Trümmern des „alten“, sich selbstzerstörenden Europas die Direktion der Dollarsäulen aufzurichten. Japan sichtet sich inasfischen die östasiatische Herrschaft, nun noch besonders gefördert durch den Zusammenbruch Rußlands. Wir sollten uns auch nicht darüber täuschen, daß die von den „Mitteleuropäern“ begründete „Lösung“ der östlichen „Randgebiete“-Fragen den westlichen Kriegstreibern erwünschte Gelegenheit bietet, die deutschen Friedensverfeindungen zu mikrobildern. Darum auch müssen wir den Völkern in jenen „Randgebieten“ die Freiheit der Selbstbestimmung ihrer staatlichen Ordnung ohne jeden Hinterhalt gewährleisten. Dann nur werden sie für uns keine Zukunftsfährde sein und können die Brücke bilden zur dauernden Verständigung mit dem Rußland, das sich vermöge seiner unerschöpflichen großen inneren Kraft zweifellos eben so gut wieder aus seiner Erniedrigung emporarbeiten wird wie es das durch den ersten Napoleon vor mehr als hundert Jahren noch tiefer erniedrigte Preußen fertig gebracht hat. Das wiedererstarkte Rußland nicht zum unversöhnlichen Feind zu haben, der bei ihm vordringender Gelegenheit mit neuen Verbündeten zum Revanchekrieg gegen Deutschland aufrückt, das ist nun die Aufgabe einer weitsichtigen Staatskunst.

Wir müssen immer wieder betonen: Nur ein Friedensschluß, der auch Deutschland die weltwirtschaftliche Handelsfreiheit sichert, und nicht an der Einführung der nötigen Maßnahmen, und Futtermittel und der industriellen Rohstoffe, nicht an dem Abzug unserer Produktionsüberschüsse im Auslande hindert, nur ein solcher Friedensvertrag entspricht den Interessen Deutschlands. Ein solcher Frieden kann aber nur ein Verständigungsfriede sein.

Die preußische Regierung für das gleiche Wahlrecht.

Wir haben in Nummer 9 der „Bergarb.-Sta.“ (im Zeitart.) das gleiche Wahlrecht abgelehnt, die Erwartung ausgesprochen, die Regierung werde unbedingt für die Annahme ihrer Wahlrechtsreformvorlage eintreten, nicht vor den reformfeindlichen Junkern und Schurkengruppen zurückweichen. Erfreulicherweise haben die Minister in der Wahlrechtskommission sich entschieden in diesem Sinne geäußert. So nun hat der Vizepräsident Herr Dr. Friedberg, in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter vor seinen Wählern in Sallungen eine bedeutsame Programmsrede gehalten, in der Redner mit allen realistischen Einwänden gegen das gleiche Wahlrecht gut abrechnete. Da Herr Friedberg nationalliberal ist, eine weitaus meisten Fraktionsgenossen im Landtage aber Gegner des gleichen Wahlrechts sind, hatte sich Friedberg hauptsächlich mit diesen Realitäten zu beschäftigen. Er erklärte ausdrücklich die Durchführung des gleichen Wahlrechts als eine nationale Notwendigkeit und sprach aus, die Regierung werde zur Durchführung dieser Reform „alle verfassungsmäßigen Mittel bis zur Erschöpfung anwenden“!

Diesen Willen begrüßen wir. Die Regierung darf versichert sein, daß sie im Kampfe um das gleiche Wahlrecht von den besten Kräften der Arbeiterbewegung unterstützt wird!

Der Minister des Innern, Herr Dr. Drowns, der eigentliche Wahlrechtsminister, hat dieser Tage einen Erlaß an die Reichsregierungspräsidenten ergehen lassen. In diesem Erlaß wird zu treffend gesagt, in wieweit Vorkämpfer haben die Meinung gewonnen, es sei der Regierung nicht besser, nicht einmündig über „Erlaß“ mit der Durchführung der Wahlrechtsreform. Diese in jeder Beziehung richtige Meinung habe auch in den Streit-

bewegung vor einigen Wochen eine große Rolle gespielt. Sodann heißt es in dem Erlaß weiter:

„Bei der entscheidenden Kriegspolitik hat, muß es mit Nachdruck fordern, daß die mit nachgeordneten Dienststellen die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten. Insbesondere erwarte ich von den Herren Regierungspräsidenten, daß sie, wo immer sich Gelegenheit bietet, mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Staatsregierung mit unbedingter, der Entscheidung auf der Ausübung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917 befehligt, daß sie selbst als ihre wiederholt gegebene Erklärung, an die Einführung des gleichen Wahlrechts alle verfassungsmäßigen Mittel zu setzen. Es trifft nicht zu, daß die durch nichts zu rechtfertigende Haltung der Zeitungen, welche sozialdemokratischen Parteien anhänglich, der Großen-Stein-Entscheidung die Staatsregierung irgendwie an ihrem Reformwillen irre gemacht hätte. Jede in dieser Richtung zielende Behauptung widerspricht der Wahrheit. Die Staatsregierung versteht die Einführung des gleichen Wahlrechts nicht als eine Maßnahme, für deren Durchführung das Wohlverhalten der sozialdemokratischen Partei maßgebend ist, sondern als die innerpolitische Konsequenz, die sich aus der wiederholten, treuen und gewissenhaften Erfüllung des gesamten Volkes während der schweren Jahre der Not ergeben hat. Die Staatsregierung erkennt in keiner Weise an, daß durch die letzte Streikbewegung das Vertrauen in der Arbeiterklasse, das sie gerade mit der Wahlrechtsvorlage befestigt hat, ein Erschütterung erfahren hat. Im Gegenteil erkennt sie in der patriotischen, stillschweigenden Haltung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft während des Streiks eine Bestätigung ihres Vertrauens.“

Wir dem Wahlrechtsrat vom 11. Juli 1917 hat Herr Dr. Friedberg, der „König“ selbst gegenüber den breiten Volksmassen persönlich gemacht und die Staatsregierung mit ihr alle ihre Organe, haben es als oberste Pflicht des öffentlichen Dienstes angesehen, die Verbindlichkeit des Staats zu vollstetiger Einmütigkeit zu bringen. In diesem Sinne ersuche ich die Herren Regierungspräsidenten, die Reichsregierungspräsidenten zu bitten, die nachstehenden Bestimmungen mit geeigneten Anweisungen zu versehen.“

Die Entscheidung, mit der Herr Minister Drowns hier für die Wahlrechtsreform eintritt, wird ihm die Sympathie der Klassenwahlrechtskunde gänglich rauben. Dafür erwirbt er sich die Sympathie der großen Volksmassen, auf die es einer wirklich staatsverhaltenden Politik ankommen muß. Unser Gemeinwesen wird allen noch drohenden Stürmen siegreich standhalten; wenn jeder Volksgenosse das Bewußtsein hat, kein Bürger minderen Rechts zu sein.

Bergarbeiterforderungen im Landtage.

Bei der Beratung des Etats der Bergbau-, Stollen- und Salinenverwaltung im preussischen Landtage am 3. d. Mts. kam es wieder zu einer Auseinandersetzung über die Bergarbeiterforderungen. In der Debatte sprachen die Abgeordneten Schulte-Peltum (Fon.), Frenkel (Frei.), Maccio (natl.), Bogellang (Zentrum), Schröder (Frei.) und unser Kamerad Hue; außerdem der Minister und Oberbergamtsrat Neuh. Auf der Debatte selbst schalteten wir uns vor zurückzukommen. Vorerst bringen wir nachstehend die Ausführungen Hues über die Arbeiterfragen nach dem amtlichen Stenogramm. Seine Ausführungen über die schlechte Behandlung der Steiger und über die Mentalität der Werke werden wir in nächster Nummer veröffentlichen.

Hue: „In der Kommission wurde eingehend über die Ernährungsfragen beraten. Ich stelle sie auch hier an die Spitze und möchte nicht verschweigen, ohne jetzt nochmals auf alle Einzelheiten einzugehen, mich berufend auf d. h. was ich in der Kommission dazu ausgeführt habe, und was von anderen Seiten schon gesagt worden ist, die königliche Staatsregierung mit allem Nachdruck darauf aufmerksam zu machen, daß es unbedingt notwendig ist, mit

der Kartoffelversorgung

großer Teile der Bevölkerung rasch einzugreifen. Die Situation wird immer kritischer. Sie ist durch den ungewöhnlich starken Wagenmangel in den vergangenen Monaten und durch andere Ursachen, auf die ich hier nicht eingehen möchte, verschärft worden. Sie wird aber auch dadurch immer ärger, weil inzwischen durch den jahrelang betriebenen Schleichhandel Hunderte von Tausenden Kartoffeln verkauft worden, und zwar zu Preisen von mindestens 12, 14 und 16 Mark/der Zentner. Diese Preise sind aber noch Mindestpreise. Meine Herren, wie sollen heute im Ruhrgebiet für Kartoffeln im 100kg. Handel bis zu 36 Mark für den Zentner!

Meine Herren, worauf soll das hinaus? Die Arbeiterbevölkerung hat zum großen Teil schon keine Kartoffeln mehr. Worauf soll das hinaus, wenn ihnen nicht die Kartoffeln wenigstens zu dem am liebsten möglichen Höchstpreise geliefert werden, wenn sie gerettet sind, daß die Kartoffeln 1/2 oder 1/3 der Preise von den Werken zu haben, bei denen, wie die Zeitungen zeigen, noch überhöhter Kartoffel vorhanden sind, und wenn die Leute für diese Kartoffeln bis 36 Mark den Zentner zahlen müssen! Hier droht eine Katastrophe.

Wie mein abgeordneter Herr Vordränger will ich nicht unterlassen, nachdrücklich auf die Erbitterung in der Arbeiterklasse hinzuweisen und warne auf die Folgen aufmerksam zu machen, die daraus entstehen, wenn man unsere sehr ernste Mahnung — die allerdings in der Kommission (als Drohung ausgelegt worden ist — nicht auch so ernst und sanftlos aufnimmt, wie sie ausgesprochen ist. Es ist mit Recht gesagt worden, daß die vornehmsten Arbeitsbedingungen ihre wesentlichen Ursachen in Ernährungsfragen liegen, in materiellen Sorgen der Arbeiterklasse haben, und daß, wer Arbeitsbedingungen verbessern will, nichts besser tun kann, als die Mahnungen, die von Arbeiterseite wiederholt ausgesprochen worden sind, zu beherzigen und ernst zu machen, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist, um dann etwa ein „Landesverrat“ zu reden.

Meine Herren, wir haben in der Kommission über die Höhe der Kartoffelrationierung gesprochen. Bei der Ernährungsdebatte, die wir hier im November 1917 hatten, haben meine politischen Freunde in dem Antrage Nr. 703 betont, daß die königliche Staatsregierung zu erlauben sei, dafür zu sorgen, daß

die Kartoffelrationierung sofort auf 10 Pfund

je Kopf und Woche erhöht werde. Dieser Antrag ist damals von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt worden, und zwar nach Darlegungen von Regierungs- und anderen Seiten, die darauf hinausliefen, zu behaupten, daß unsere Kartoffelration für eine solche Rationierung nicht ausreiche. Nicht lange nachdem haben gewerkschaftliche Arbeitervertreter eine gemeinschaftliche Konferenz mit dem Kriegsversorgungsamt gehabt, und es ist dort von Arbeitervertretern aller Richtungen, auch nachdem die Amtsstelle eingehende Darlegungen über die Kartoffelration gemacht hatte, gesagt worden, daß nach den Erfahrungen mit dem schwebenden Schleichhandel nicht anzunehmen sei, daß die Ration, die uns hier zuteil wurden, glaubwürdig seien; es müsse daher auf der Nation von 10 Pfund Kartoffeln bestanden werden. Man könne sie liefern, wenn man ebenso stark, wie man die Industriearbeiter anfaßt, damit sie ihre Arbeitskraft hingeben, in die Landwirtschaft hineingreifen.

Reider ist auch dieser Antrag nicht gefolgt worden. Das hat die Arbeitergemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände nicht abgelehnt. Wiederholt den Antrag an das Kriegsversorgungsamt zu richten, 10 Pfund Kartoffeln je Kopf und Woche zu liefern. Darauf trug sich auch der Antrag, den ich in der Kommission gestellt habe. Reider ist dieser Antrag, nachdem eingehend für und wider gesprochen, abgelehnt worden, weil man seitens der Mehrheit annimmt, die Lieferung sei wegen der ungenügenden Kartoffelernte nicht möglich. Aber ich sage Ihnen nochmals, die Aufgabe eines schwebenden Schleichhandels mit Kartoffeln steht fest. Die gelieferten 7 Pfund Kartoffeln, in Oberbächen sind es teilweise nicht einmal soviel, haben nicht ausgereicht, da die Gemeinderäte zu knapp war, Festhalten sehr spärlich liefen, daß ganz ausbleibt und eine Reihe von im vorigen Jahre noch vorhandenen Kartoffeln, Suppenzinnchen usw. in diesem Jahre nicht geliefert wurden. Wenn Sie in den Industrieregionen Kollektionen vornehmen lassen wollten, so würden Sie finden, daß ich alle Ursache habe, die königliche Staatsregierung ersuchen zu bitten, sofort für die Verbesserung der Arbeiterbevölkerung mit Kartoffeln zu sorgen.

Der Herr Oberbergamtsrat hat den Satz aufgestellt, daß die Löhne der Arbeiter in landwirtschaftlichen Gegenden nicht so hoch zu sein brauchen als in den industriell durchdrungenen Gegenden. Meine Herren, warum denn? Wird denn auch das Gehalt der Staatsbeamten danach bemessen, ob sie in einer landwirtschaftlichen oder industriellen Gegend angestellt sind — mit Ausnahme des Wohnungsgeldes? Das staatsmäßige Grundgehalt ist doch gleich. Ob der Bergwerksleiter in Zibbenbüren, am Weiler, in Hindenburg oder Heilingshausen wohnt, er bekommt denselben staatsmäßigen Gehalt. Warum soll es bei den Arbeitern anders sein? Wenn man schon bei den Arbeitern so verfährt und sagt: weil du in einer Gegend wohnst, wo du neben deiner schweren Industriearbeit landwirtschaftliche Arbeit verrichten und Einkünfte daraus ziehen kannst, so soll man auch sagen: Der Staatsminister, der außer seinem Gehalt als Minister noch Einkünfte aus einem Aktienposten oder sonst einer Vermögensanlage bezieht, erhält deswegen weniger Gehalt?

Außerordentlich weltfremd mutete mich das an, was der Herr Oberbergshauptmann über

die Zurückweisung der Hindenburgspende

in Jöhrenbüren gesagt hat. Aus der Zurückweisung entnahm der Oberbergshauptmann, daß die Arbeiter die Geldspende nicht nötig gehabt hätten. Als nein, sie waren ihnen zu teuer, für die Hindenburgspende sind von den Arbeitern zum Teil geradezu Wunderpreise genommen worden.

Auch in anderen Bezirken haben die Industriearbeiter die Hindenburgspende zurückgewiesen. Man hat beispielsweise für das Fund 5 Pf. 6 Mark und 750 Mark genommen. Ich erinnere daran, daß schon im vorigen Jahre in der Kommission der Abgeordnete Dr. v. Mollath gerügt hat, daß die verhältnismäßig billig abgegebenen Hindenburgspenden nach ihm gewöhnlichen Mitteln zugeordnet werden könnten. Die Arbeiter haben nach dem Tamm, der gemacht worden ist, geglaubt, daß sie die Spende gratis erhielten. Warum soll der Name „Hindenburg“? Man nahm aber dafür Preise, die oft für die Arbeiter unerschwinglich waren.

Es ist kein Zweifel und wird von keinem Sachkenner bestritten, daß die Löhne gestiegen sind, und zwar sind sie in verschiedenen Meßarten sehr erheblich gestiegen, nicht zuletzt, vielmehr in der Hauptsache, weil sich die Arbeiterverbände der Interessen der Kameraden wirksam angenommen haben. Denn wo die Verbände der Arbeiter nur wenig eingebracht, oder nur schwach vertreten sind, ist die Lohnentwicklung niedriger als anderswo. Es sind aber auch die Preise für Kohle, Erze, Salze außerordentlich gestiegen. Die Lohnentwicklung ist in einigen Bezirken derartig, daß wenn wir nur einigermaßen normale Lebensmittelpreise hätten, sie von allgemeinen Lebensmittelpreisen von dieser Stelle von keiner Seite etwas hören würden. Aber hier liegt der Fund begraben. Weil wir Lebensmittelpreise haben, die oft geradezu entsetzlich hoch genannt werden müssen — wie z. B. bei der Kartoffel, die heute im offiziellen Preis 300 Prozent höher steht als vor dem Kriege; es ist die Hauptnahrung der Arbeiter —, darum steigen die Löhne über unzureichende Löhne nicht ab. Überdies ist von Kriegsbeginn bis Herbst 1917 im preussischen Vergleich der Durchschnittslohn der höchsten Lohnklasse nur 75,3 Prozent gestiegen, wegen der

Lebenshaltung um mindestens das Dreifache verteuert

ist. Sie müssen mir zugeben, daß hier ein trübsames Mißverhältnis vorliegt, und Sie werden es verstehen müssen, daß die Arbeiter um so häufiger nach Lohnsteigerung rufen, je weniger man den Wucherpreisen für Lebensmittel nachgeben tut. Die Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise wird auch durch direkte Beschläge des Landtages, beim landwirtschaftlichen Etat, weiter gefördert. Wenn das nicht bald nicht beseitigt, daß die Arbeiterklasse immer wieder mit neuen Lohnforderungen kommt.

Nun sind in dem Haushalt für 1918 rund 70 Millionen Mark mehr für Löhne angefordert worden. Ich muß annehmen, daß diese Löhne auch wirklich ausgegeben werden. Das bedeutet gegen den Haushalt von 1917 eine Mehrausgabe an Löhnen um etwa 38 Prozent. Ich glaube, daß die tatsächlichen Arbeiter durch das Recht zu verlangen, daß diese nun angeforderten und zuweisenden auch festgestellten Lohnsummen auch in der von ihnen gewünschten Weise verteilt werden. Wir wünschen — das darf ich im Einverständnis mit den Vertretern aller anderen Organisationsrichtungen im Vergleich herausheben — nicht die Heraushebung der höchsten Löhne, sondern einen gerechten Ausgleich. Denn die Lohnunterschiede sind so groß, daß wir haben festgestellt, daß sogar auf derselben Seite die

Lohnunterschiede bis 8 Mark und darüber pro Schicht in derselben Arbeitergruppe betragen. Wir wollen also eine realere Lohnminderung haben, wir wollen die niedrigeren Löhne und die Schichtlöhne aufgehoben haben, damit ein besserer Ausgleich eintritt und so den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung wird. Ich möchte da ganz besonders an die Kategorie von Arbeitern erinnern, die zum großen Teil jetzt festgesetzt worden sind; das sind die Oberarbeiter, die in den Kalkül der Arbeiterverbände einbezogen sind und die wir nennen, wo noch immer an Familienmitglieder, überdies an etwas eine männliche Arbeiter Löhne von 6 bis 7 Mark pro Schicht bezahlt werden, wo noch immer 12-jährige Arbeiterkinder nur mit zwei kurzen Pausen vorkommen, wo die Leute zwei Sonntage nacheinander beschuften müssen und den dritten Sonntag erst frei haben, ohne daß sie für die Sonntagsarbeit mehr bekommen. Lohnunterschiede für die Arbeiter und Sonntagsarbeiten sind notwendig. Die Leute fordern mit Recht eine gehörige Ausbesserung ihres Lohnes. Ich sage das ganz beabsichtigt, weil, wie wir alle wissen, aus den Arbeiterverbänden geradezu fabelhafte Gewinne herausgekommen sind.

Überhaupt gibt es im Vergleich, nicht nur im staatlichen Vergleich, ungeheure Unterschiede von erlassenen Löhnen, die noch unter 8 Mark pro Schicht erhalten. Das sind die „mindersten Löhne“, von denen man in der agrarischen Presse immer lesen kann. Wir haben Handwerker in Grubenbetriebe, wie Maurer, Schlosser, Maschinisten, Sattler, Möbeler usw., die nur 6 bis 7 Mark pro Schicht haben. Das sind Löhne, die man

nur als Hungerlöhne bezeichnen

kann. Die tatsächlichen Handwerker in Ostpreußen sowohl wie die auf den Privatgruben haben eine Lohnforderung eingebracht, in der sie wünschen, daß sie nicht weniger als 6,50 Mark pro Schicht haben möchten. Meine Herren, kann man denn in dieser teuren Zeit solche höhere Lohnforderungen aufstellen? Diese Leute sind also schon zufrieden, wenn sie nicht weniger als 6,50 Mark pro Schicht haben. Sie können sich also denken, wie erbärmlich die Leute noch bezahlt werden. In Niederböhmen haben die männlichen Arbeiter der Klavier- und III sogar noch unter 5 und 6 Mark pro Schicht Lohn. Das sind doch jämmerliche Löhne, meine Herren. — Man wird es in der Öffentlichkeit kaum glauben, weil so die industriellen und agrarischen Presse in einem fort von den „hohen Arbeiterlöhnen“ spricht. Die Arbeiterverbände verlangen eine jährliche Reallohnsteigerung. Die Arbeiterverbände verlangen eine jährliche Reallohnsteigerung von 1 bis 1,50 Mark pro Schicht. Im März sind die Lebensmittel außerordentlich teuer, weil er bekanntlich ein Preissteigerungsgebiet ist. Wenn auch nicht mehr viel herauskommt, so ist doch immerhin der noch mangelnde Gehalt; und man werden auch von den Einzelne Preise gestiegen, die oft geradezu fabelhaft genannt werden müssen. Überdies hat der Oberbayerer Vergleich, wie der Betriebsbericht ausweist, außerordentlich hohe Renten abgeworfen und wird sie weiter ab. Die Arbeitgeber im Siegerlande beklagen sich mit Recht über schlechte Bezahlung im Vergleich zu den hohen Preisen, die dort bezahlt werden. Wir sind aus dem gegenwärtigen Gebiet nach Osten auszuweichen, wonach das Verbrechen mit der neuen Erhöhung der Eisenpreise, die am 1. Januar 1918 vom Kriegsausschuss bewilligt wurde, auch eine 15prozentige Lohnsteigerung eintritt, so lassen in sehr vielen Fällen nicht gefastet worden ist, daß man nur ein paar Groschen die Löhne ansteigerte, von 15 Prozent aber sehr häufig nicht die Rede ist. Darum kann man es wohl verstehen, warum man von den Arbeiterorganisationen nicht mehr mit Rücksicht auf den Namen sagt. Wenn ihr für höhere Preise eintrittet, können wir auch die Preise erhöhen, wenn ihr das nicht tut, müßt ihr es auch gefallen lassen, daß wir die Löhne nicht erhöhen. Wenn wir aber wirklich für die Preissteigerungen eintritten, wenn wir keine Gewinne, daß sie wirklich entsprechend zur Verbesserung der Arbeiterlöhne verwendet werden. Ich stelle fest, daß wir im vergangenen Jahre

zum erstenmal im Ruhrgebiet Erhöhungen der Kohlenpreise

gesehen haben, aber nicht ein einziges Mal ist eine allgemeine, ganz zu irgendeiner von einer gleichzeitigen Erhöhung der Löhne eingetreten. Immer sind aber die Preissteigerungen mit der gleichzeitigen Erhöhung der Arbeiterlöhne begründet worden. Die tatsächlichen Preissteigerungen am Beispiel nach oben aufgeführt, wenn sie nicht unter 8 Mark pro Schicht bezahlt werden. Sie können sich also denken, wie schlecht die Löhne sind.

Was soll vor allem auf die Leute Rücksicht nehmen, die eine große Familie zu ernähren haben, und nicht denken, wenn sie ein Stück Ackerland in Besitz oder Pacht haben, daß sie über die Not hinweg kommen. Die landwirtschaftliche Presse eine so einseitige Quelle ist, warum werden denn die Löhne der Arbeiter im Vergleich mit den Preisen der Lebensmittel für agrarische Produkte bewertet? Man hat doch, namentlich beim landwirtschaftlichen, immerfort Klagen über Löhne, daß die Preise zu niedrig sind, die Löhne viel höher seien. Aber wenn ein Arbeiter einen Tag verdient, was ein Bauer in einem Monat, und der Bauer verdient, was ein Arbeiter in einem Jahr, dann man bestreitet weniger Lohn zu bekommen. Wie verhält sich ein solcher Arbeiter?

Die Arbeiterverbände haben namentlich eine Lohnforderung, die die Agrarverbände ablehnen. Sie wünschen besonders, daß man ihnen außerordentlich einen Ausgleich der Löhne durch Erhöhung der Löhne, wirklich unendlich wichtige Ergebnisse und der

sonders schlechten Gehalts. Man braucht nicht, wie ich schon in der Kommission ausgeführt habe, die Überdurchschnittlichen Löhne zu erhöhen, aber es muß den niedrigen Löhnen ein kräftiger Aufschlag gegeben werden. Diesmal hat die königliche Bergwerksdirektion ein solches Verlangen eingebracht als im vorigen Sommer. Damals hat sie die Arbeiterverbände monatelang warten lassen; diesmal hat sie nach wenigen Tagen die Einladung zu einer Besprechung ergehen lassen, was eine günstige Wirkung gehabt hat. Ich wünsche, daß dieses Verfahren auch in der nächsten Behandlung eingehalten wird.

Ich muß aber sagen, unverständlich und geradezu erstaunlich war es mir, als ich im Februar im Saargebiet war, zu hören, daß auf einer Reihe von Inspektionen, namentlich auf der Inspektion Weimig, im Januar, teilweise aber auch im Dezember schon, den Arbeitern bis zu 60 Pf. für die Schicht abgezogen worden sind.

Also direkter Abzug vom Lohn!

Durch diese Abzüge haben die Arbeiter trotz der seit Oktober gewährten Erhöhung in einigen Fällen sogar weniger Lohn als vor der Lohnsteigerung. Ich habe davon an der zuständigen Stelle Mitteilung gemacht. Es wäre mir erwünscht zu hören, was in dieser Beziehung getan worden ist. Die Tatsache der Lohnreduktion auf den tatsächlichen Saargebiet steht fest. Es handelt sich auch nicht um Einzelnen, nicht um schwache Arbeiter, die sozusagen nur aus Gnade und Barmherzigkeit beschäftigt werden, sondern es handelt sich um Vollarbeiter; oft sind es Säuer, die aus ihrer Arbeit vor der Kohle genommen sind, ein Verfahren, das, wie der Herr Oberbergshauptmann sagte, in Zukunft auf einen Monat beschränkt werden soll. Ich höre, daß die Lohnreduktion rückgängig gemacht wird; denn es ist einfach unerträglich, in einer Zeit der fürchterlichsten Teuerung auch noch Lohnreduktionen eintreten zu lassen. Der Herr Minister hat in der Kommission bei der Frage der Kohlenversorgung erklärt, es seien für

die Schlichtung von Lohnstreitigkeiten

die nach dem Hilfsdienstgesetz eingesetzten Schlichter vorhanden; er verweise darauf und nehme an, daß die Schlichterentscheidungen sachgemäß seien. Meine Herren, ich stelle fest, daß nach den neuen Erhöhungen mit den Hilfsdienstleistungen, die mit merkwürdiger Promptheit an einem bestimmten Zeitpunkt eintreten, das Vertrauen der Arbeiter zu den Schlichterentscheidungen, das anfangs nicht gering war, sehr merklich im Schwanken begriffen ist. Ich will Ihnen auch einmal zeigen, was der Laie aus der Unruhe immer mehr verbreitet wird, wo die Leute sich in denen, die die Schlichterentscheidungen ausüben müßten, wenn man getrost sein sollte. Die Vergleiche einer Weile. Ich bin im Ruhrgebiet durch die Arbeiterverbände eine Lohnforderung von 15 Mark für Säuer gestellt; in einzelnen Bergwerken ist man sogar bis 20 Mark gegangen. Die Organisations der Bergarbeiter haben sich der Sache angenommen und mit Rücksicht darauf, daß der Durchschnittslohn der Säuer auf einer Reihe von Bezirken im Ruhrgebiet im September und Januar noch unter 12 Mark stand, den Arbeiterausgleich vorgeschlagen, allmählich einen Schlichterentscheid von 15,50 Mark für Säuer und entsprechende Schichtlohnsteigerung zu fordern. Sie können sich darauf verlassen, meine Herren, daß es den Vertretern der Organisations nicht leicht geworden ist, die Vertreter der Arbeitgeber zu dieser ermäßigten Forderung zu bewegen; aber es ist gelungen. Wie verfährt man aber wirklich? Die letzte Entscheidung, gehörig zum Einverständnis, weist die Lohnforderung des Arbeiterausgleichs auf. Darauf geht der Arbeiterausgleich an den Schlichterentscheid, der nach dem Hilfsdienstgesetz eingerichtet ist. Und was passiert da? Der Schlichterentscheid, der schlichtet auf Antrag der Säuer, daß ein Rundum 15, ein Vertreter der Organisations, ein Freund und Genosse, ein Vertreter der Arbeiter dort fungiert. Nachdem die Sache erledigt ist, erklärt der Vertreter der Säuer: Nachdem der Vertreter der Organisations den Arbeiter zugestimmt ist, nehme ich an den Verhandlungen nicht mehr teil. Er macht prompt fertig und geht hinaus!

Meine Herren, so wird „berühmend“ auf die Arbeiterschaft gewirkt. Die Organisations der Arbeiter geben sich die größte Mühe, um eine einseitige, von exorbitanten Erhöhungen sich fernhaltende Forderung zu präzisieren. Sie erhalten von den Arbeitgebervertretern die Zustimmung, man kommt vor dem Schlichterentscheid aus, und da stellt sie ein Ergebnis. Ich verheißt, daß man ein Vertreter der Arbeiterorganisationen an den Verhandlungen teilnehmen! Schon der Herr Minister, so wird die Sache „berühmend“, so führt man ihre Maßnahmen aus — denn daß Sie nicht mit dieser Praxis einverstanden sind, das haben Sie oft genug erklärt, und wenn dann im Februar die Entscheidung sich nicht macht, dann wird von „Landesberatern“ gesprochen.

Meine Herren, unendlich werden die kriegsbeschädigten Arbeiter und Beamtinnen vielfach behandelt. Der Herr Oberbergshauptmann wird in seinen Unterredungen dahin berichtet, daß es sich nur um Einzelfälle handelt, und daß das Vertrauen zu dem Herrn Oberbergshauptmann, dessen lokale Stellung auch von ihm direkt unterstützt, gewissen Arbeitern im Saargebiet anerkannt wird, daß er glaubt, es sei für die Kriegsbeschädigten gut, so, er und das den vertragen hat. Es ist aber nicht in Wirklichkeit so. Ich habe auch im tatsächlichen Saargebiet und im Saargebiet festgestellt, in denen

die kriegsbeschädigten Arbeiter einen Lohnausfall bis zu 5 Mark pro Schicht dadurch haben, daß sie im Dienste der Wasserwerke, die ihre gesunden Knochen, ihre Gesundheit verloren haben und darum nicht mehr Vollarbeiter sind. Nunmehr werden sie an letztere Arbeiter gestellt. Sie bekommen an diesen leichteren Arbeiten aber nicht einmal immer denselben Lohn, den nicht kriegsbeschädigte Arbeiter erhalten, sondern sie bekommen weniger. Mit Einschluß der Rente beträgt aber der Lohnausfall jetzt bis zu 5 Mark pro Schicht gegenüber dem Lohn, den sie erhalten würden, wenn sie noch Vollarbeiter wären. Das ist doch wirklich ein fabelhafter Lohn! Das Wasserwerk im Saargebiet, die ihre gesunden Glieder bei der Wasserwerke verloren haben, und die nun für die Wasserwerke in Dienst gestellt sind, so schwer geschädigt werden. Ich wünsche, daß der Staatseisenbahn in Bezug auf die Behandlung und Entlohnung der kriegsbeschädigten in jeder Hinsicht den Privatwerken vorbildlich vorgeht, und auch will, daß die vielen kriegsbeschädigten Arbeiter, die durch die Wasserwerke in eine große Notlage versetzt sind, auch in der Wasserwerke eine große Notlage versetzt sind. Es ist doch kein angenehmes Gefühl, wenn die Arbeiter einen Kameraden neben sich haben, der mit ihm zur Grube gehen und von der Grube kommen, der einen kleinen Kran, ein kleines Bein oder einen Arm verloren hat, und deswegen mehrere Mark pro Tag weniger erhält. Das ist so aufreizend, wie man es sich schmerzlich nicht denken kann. Das ist einfach unerträglich und wirkt auf die Stimmung der Arbeiter so verheerend, daß es rasch wie möglich Abhilfe geschaffen werden muß.

Arbeitgeber, Arbeiterlöhne und Wohlfahrt haben wir in der Kommission gefordert. Es sind uns auch Aufgaben gemacht worden. Es wird sich nur zeigen, inwieweit sie erfüllt werden können. Ich will mich durchaus loyal dabei verhalten und sage: erfüllt werden können. Und dann die hohen Preise für Nahrung, Schuhe usw.

Auf die preiszehrende Tätigkeit der Reichsbahnverwaltung will ich im Zusammenhang mit dem Staat für Handel und Gewerbe eingehen. Meine Herren, wenn ein Vertreter der konservativen Partei bei den Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage in der Kommission gefordert hat,

jeder Arbeiter habe sich doch jetzt 6000 Mark erspart und könne deswegen auf eine „Ausfallsumme“ rechnen, so zeigt dieses Wort, wie wenig man sich um die Arbeiter kümmert, als er hat den zwei Nationen sprach.

Die zwei Nationen hier, die Geniebrüder und dort die Parteien, die verstehen sich nicht, sie wissen nichts von einander. Es ist ein Zeichen von völliger Unkenntnis der großen Notlage der Arbeiterklasse, daß der Vertreter der konservativen Partei annehmen kann, jeder Arbeiter habe sich 6000 Mark erspart. — Jeder hat er noch dem Perioden gesagt. Ich meine es nicht, jeder Arbeiter könnte, dann würden doch die Vermerker die „Ausfallsumme“ nicht bekommen, dann würden sie dadurch entzweit. In Wirklichkeit ist eine sehr große Notlage der Arbeiterklasse durch den Krieg eingetreten. Die große Masse der Arbeiterklasse weiß sich nicht mehr das Geld an der Seite und die Einkünfte und Erträge an den Händen zu laufen; und da rechnet man von 6000 Mark Ersparnisse.

Der Herr Minister hat noch einmal zu meiner Freude erklärt, daß ein

„Antrag, sei es direkt oder indirekt, zu Überbückungen“ nicht eingeleitet werden darf. Er hat das schon im Februar 1915 getan und später wiederholt, jetzt hat er es nochmals unterstrichen. Ich habe es schon oft in der Kommission in tatsächlichen Überbückungen und in Überbückungen, die nicht mehr in der Kommission, sondern in den letzten Monaten befragt worden sind. Ob es in den letzten Tagen geschehen ist, weiß ich nicht. Aber es ist in

den letzten Monaten noch geschehen, obwohl der Herr Minister schon im Februar 1915 erklärt hat, es dürfe ein Antrag zu Überbückungen nicht ausgestellt werden. Ich frage mich, wie es alle Organisationsvertreter stets getan haben, daß Überbückungen gemacht werden müssen, wenn sie unbedingt notwendig sind, um Menschenleben zu retten oder den Betrieb aufrecht zu erhalten oder zu verbessern, daß Betriebsstörungen vorzuziehen. Aber um das handelt es sich hier ja nicht, sondern es handelt sich hier um Überbückungen, um jene Schichten, von denen noch gesprochen worden ist. Die Leute, die im Saargebiet zur Überbückung nicht gekommen sind, sind bestraft worden, obgleich der Herr Minister schon vor 3 Jahren das genaue Gegenteil hier als seine Meinung erklärt hat. In Überbückungen ist das selbe der Fall. In Überbückungen sind sogar, wenn ich recht unterrichtet bin — ob es augenblicklich noch der Fall ist, weiß ich nicht —, die Negativbückungen entzogen, weil die beschlossenen Überbückungen nicht befragt werden. Am besten geht man wohl am allergeringsten vor. Am besten wird zuerst ein Teuerungszuschlag von 220 Mark, wenn ich nicht irre, pro Schicht bezahlt. Dazu kommen dann die üblichen Kinderzulagen. Es wird aber vorgeschrieben — wohl gemerkt: vorgeschrieben! —, daß mindestens eine halbe Überbückung befragt werden muß. Wer auch nur eine dieser halben Schichten nicht befragt, dem wird die ganze Teuerungszulage und das Kindergeld für den ganzen Monat abgezogen!

Herr Minister, das sind Lohnverluste von 35–50 Mark für Kinder, befragt von einer einzigen Überbückung! Ich kann nach den vielen hundert Ausführungen des Herrn Ministers nur annehmen, daß er von diesen Vorgängen keine Kenntnis hat. Ich bin daher der Überzeugung, daß der Herr Minister, wenn er von diesen Vorgängen Kenntnis gehabt hätte, eingeschritten wäre. Daher darf ich wohl annehmen, daß er nicht nur jetzt einschreitet, sondern daß auch die den Arbeitern widerrechtlich entzogenen Teuerungszulagen und Kindergelder zurückgestellt werden. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit.

Meine Herren, ich frage mich, daß die Auffassung, die ich hier vor Jahren über die Möglichkeit der Überbückungen vertreten habe, heute breitere Wurzeln gefunden hat. Ich glaube, wir kommen noch einmal in nicht allzu langer Zeit dazu, daß wir uns darüber einigen, die Überbückungen für die Förderung überhaupt ganz abzuschaffen. Wenn die Leute 8 Stunden lang — regelmäßig 2 und 11 Stunden werden ja zum Teil noch, z. B. in Schienen, beschuften —, namentlich bei der letzten Ernährung, treu und brav ihre Pflicht getan haben: sind sie nicht ihrer Arbeitskraft so fertig, daß sie ausfahren müssen; sie können nicht mehr leisten. Also beseitigt man die Überbückungen!

Meine Herren, sehr bedauerlich ist es, daß der in der Kommission sowohl von mir wie auch von Seiten des Zentrums gestellte Antrag einer Wirklichkeit

Mitwirkung der Arbeiter beim Abschluß des Gedinges

von der Kommissionsmehrheit abgelehnt worden ist. Das ist allerdings recht charakteristisch für die Auffassung über den Herrenlandpunkt, der bei der Mehrheit des Hauses noch vorherrscht. Der Gedingevertrag soll ein Vertrag sein. Das ist er aber praktisch selten. Er ist heute ein willkürliches Diktat seitens der Unternehmervertreter. Wir wollen, daß das Gedinge verbindlich wird, wie es nach altmännischer Sitte bis zur Keule gewesen ist. Wer unsere alte Erziehung, wer die Gewerkschaft unter dem Diktationsprinzip kennt — natürlich leichter von uns wird sie aus der Praxis kennen, aber aus der Literatur —, der weiß, daß einst in der Zeit in humaner Weise eine Vereinbarung getroffen wurde. Heute heißt es von Arbeitern: „Das beschließt du, und wenn du es nicht willst, dann schick mich zu dem Teufel.“ Frisch weg! oder sticht! — so wird heute Gedinge gemacht. So geschieht es in den tatsächlichen und in den privaten Gruben, so auch in Schienen wie in Mittelpreußen, im Saargebiet wie in den Rheinlande, in Kalkbergwerken wie im Kohlenbergbau am Rhein, von Oberelbe, im Ruhrgebiet, bei Magden, im Saargebiet, — überall das selbe: Willkür, kein Verhandlungsgeist! Dem Arbeiter wird mir geschildert: da wird der Gedingevertrag einfach auf der Oberleiterstube aufgestellt und dann in die Grube geschickt. „Der Arbeiter unterschreibt!“ So wird das Gedinge „verabschiedet“. Meine Herren, kann man sich denn da wundern, wenn das eine fortwährende Quelle von Unzufriedenheit und Aufregung für die Leute ist, kann man sich darüber wundern, daß die Leute sich als fünftes Rad am Wagen fühlen müssen? Lehnen Sie das doch! Sie kommen ja damit auch über das totale Hilfsmittel des Gedingevertrages hinweg. Das Gedingeverträge ist ja doch weit verbreitet, weil man zu einem regelrechten Gedingevertrag so häufig nicht kommt. Wir können hier Forderungen stellen, indem das Vertragsrecht der Arbeiter schaffungsmerkmal wird. Durch das Hilfsmittel der Arbeiterverbände kann zunächst eine Verständigung erzielt werden.

Meine Herren, die Unfälle häufen sich in ganz erschreckender Weise. Es ist schon mir gesagt, daß wieder ein großes Unglück auf einer Ruhrgrube vorgekommen ist. In den letzten Monaten ist fast keine Woche vergangen,

wo nicht ein größeres Unglück geschehen ist,

bei dem 6, 10 und über 20 Arbeiter getötet worden sind. (Sart, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterverbände sind doch heute so wertvoll, daß man mit ihnen sehr sparsam umgehen sollte. Aber trotz alledem geschieht das nicht. Die Betriebskontrolle muß sehr verstärkt werden. Ich habe schon vor drei Jahren darauf hingewiesen, daß die Erbschaften der Sicherheitsmänner stattfinden müssen, daß die Überbückungen der Sicherheitsmänner regelmäßig stattfinden müssen. Tatsächlich setzen auf sehr vielen Bezirken die meisten Sicherheitsmänner. So weit sind wir gekommen. Die tatsächlichen Betriebskontrollen, die die Sicherheitsmänner vorführen, die getroffen werden sind, die gefährlichen verletzenden Arbeiter, die große Ermüdung der Arbeiter in Folge schlechter Ernährung, — das alles sind Ursachen der Erhöhung der Unfallhäufigkeit, wie man sich das klar machen kann. Da sollte längst bereits überdacht werden sein! Vor drei Jahren habe ich diese Forderung schon gestellt. Aber es muß wohl das Kind in den Brunnen gefallen sein, ehe man ihn wieder

hinsichtlich der jugendlichen Arbeiter

müssen wir die Forderung unbedingt stellen: heraus aus den unterirdischen Arbeiten! Das habe ich vor drei Jahren auch schon verlangt. Es wurde damals abgelehnt. Jetzt wird im Beschluß der Kommission wenigstens gesagt: „möglichst“ soll dem entzogen werden. Meine Herren, Sie sollten sich das herausfordernde Gesicht der Grubenproleten mal ansehen: diese schwächlichen Knaben, die in die Gruben entfahren, 8, 9, 10 und in Schienen noch mehr Stunden unter Tage in der gassen gefährlichen Tiefe aubringen müssen, — und dann wundern Sie sich, daß sie auch noch, daß unsere Wohlgeruch zermürbt wird, erkrankt, trotz aller schönen Versicherungen und aller schönen Medien häufig augenbeendet gerichtet wird? Solange wie Sie auf dem Standpunkt stehen, daß die Hauptfrage eine hohe Produktion ist und nicht der Schutz der Menschen, so lange wird dieses Unheil weitergehen.

Mit der Frauenarbeit ist es genau so.

Ich werde speziell auf die Frauenausbeutung, die ganz krasse Formen angenommen hat, bei dem Staat für Handel und Gewerbe eingehen. Hier möchte ich nur sagen: wir müssen verlangen, daß der Muttertag nicht bloß in der Theorie, nicht bloß in schönen Ministerreden gibt wird, sondern dadurch, daß man den Arbeiterinnen die Möglichkeit nimmt, sich bei den schweren Arbeiten ihre Gesundheit zu erhalten. Das Gegenteil geschieht geradezu in einer krasse Art im Bergbau. Früher hat man das so nicht gemacht. Im letzten Winter, wenn nicht, heute sind wir auch hier so weit, daß man sich in Unter-Schmerren mit dem Gefallen trägt, die Frauenausbeutung auch nach dem Krieg beibehalten! (Sart, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es stehen die Dinge, und ich habe deswegen nicht umsonst schon vor drei Jahren den ersten Antrag gestellt: heraus mit den jugendlichen aus der Tiefe, mehr Muttertag! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wenn Sie die Notlage kennen, die uns aus den Reichen der Knappheitskrisen, der Kriegswirtschaft, der Witwen und Waisen aufkommen, dann würden Sie auch verstehen, daß es unbedingt nötig ist, hier helfend einzugreifen. Daher haben wir auch in der Kommission, sowohl ich wie auch die Herren vom Zentrum, den Antrag gestellt, Beihilfen zu gewähren. Ich darf Ihnen drei Zahlen vorlesen, woraus Sie sehen können, wie es mit dem regelmäßigen Einkommen dieser Leute beschaffen ist. Nach dem durchschnittlichen Jahreserwerb 1914 in Preußen erhielten die Knappheitskrisen eine Pension von nur 388,40 Mark, die Unfallinvaliden 204,41 Mark, die Kriegsalternativen 158,18 Mark. Dazu kommen allerdings bei den Kriegsalternativen und Unfallinvaliden noch die Zuschläge der Kriegsalternativen und Unfallinvaliden. Aber die Knappheitskrisen erhalten die meisten noch. Sie haben nicht einmal eine durchschnittliche Jahrespension von 400 Mark gehabt. Anweisungen sind meist erst im letzten Jahre, einige Zuschläge gekommen. Einzelne Knappheitskrisen

berne haben Weisungen gewährt, aber: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Die armen Leute können allerdings aus den Mitteln der Knappschaftskassen nicht alle so unterstützt werden, daß sie einigermaßen existieren können; dafür ist die Not zu groß. Aber es muß hier geholfen werden.

Die Leute verhungern buchstäblich!

Es gibt zahlreiche Knappschaftskassen, die noch Familien zu ernähren haben, die sich nicht nebenbei Einkommen verschaffen können, die nicht einmal die Rente von monatlich 30 Mark erhalten, d. h. wenn sie nicht Reichsrentner sind. (Soll, heißt bei den Sozialdemokraten.) Die Leute verhungern buchstäblich! Da ist eine Notlage erfahrungsgemäß vor handen.

Meine Herren, im Saargebiet hat, nachdem auf Grund der betreffenden Bundesratsverordnung den Reichsrentnern eine monatliche Zulage von 8 Mark gewährt worden ist, die Knappschaftskasse nun diesen Invaliden die im Vorjahre gezahlten 5 Mark monatlich abgezogen. Sie bekommen also dafür, daß sie 8 Mark von der Reichsinvalidenrente erhalten, die 5 Mark aus der Knappschaftskasse nicht mehr. Waren diese 5 Mark zu viel? Glaubt nicht, die „Arbeiter“ würden an Geldlosigkeit zugrunde gehen, wenn sie die 5 Mark extra bekommen? Ich bitte die Staatsregierung bringen, den Leuten diese 5 Mark wieder zukommen zu lassen; der Abzug erweckt sehr böses Blut. Es kommen Reichsrentner in Frage, also solche Leute, die nicht mehr den dritten Teil ihres früheren Einkommens verdienen können. Diese Armen können wirklich die 5 Mark Knappschaftliche Zulage nicht entbehren. Wo so viele Milliarden herausgegeben werden, da kann es doch auf einige hunderttausend Mark für invalide Arbeiter nicht ankommen.

Ueber die Familienkassen ist ein Beschluß gefaßt worden in der Kommission, den Sie nachlesen können. Meines Erachtens ist es das Beste, die Familienfürsorge, wenn man sie nicht schon, wie gestern von dem Kollegen Herrn Dr. Wugdar zutreffend angeregt worden ist, generell durch die Reichsversicherungsordnung regeln will, während des Uebergangsstadiums den Knappschaftskassen anzugliedern.

Berggesetzgebung und -Verwaltung.

Beschlüsse des preussischen Landtages.

Wir haben bereits in Nr. 6 d. Ztg. berichtet über die Beratung der Haushaltskommission des Landtages, über die teils vom Kammerabgeordneten und teils vom Zentrumsabgeordneten gestellten Anträge betr. Bergarbeiterangelegenheiten. Das Landtagsplenum hat am 2. d. Mts. zu den Anträgen, wie sie aus der Kommission herausgekommen sind, Stellung genommen und die Kommissionsbeschlüsse gutgeheißen. Sie lauten, wörtlich:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß 1. den Familien der in der Bergwerks- und Hüttenindustrie tätigen Arbeiter, Arbeiterinnen und Betriebsbeamten möglichst ausreichende Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln, Brot und Getreide, zu möglichst billigen Preisen geliefert werden, die mit den Einkommensverhältnissen dieser Verbraucher nicht im Widerspruch stehen; 2. den Bergarbeitern brauchbare Arbeitskleider, Arbeitsutensilien und Waschmittel beschafft werden, wobei auch in der Preisbemessung gebührende Rücksicht auf die Entlohnung des Arbeiters zu nehmen ist; 3. die Löhne der in Bergwerken, Hütten- und Salinenbetrieben beschäftigten Personen besser als bisher den Lebensverhältnissen angepaßt werden; insbesondere sind die Schichtlöhne besser als bisher den Gehaltsverhältnissen entsprechend zu gestalten; 4. die Löhne und Gehälter der in den staatlichen Bergwerken beschäftigten kriegsbeschädigten Arbeiter und Beamten so geregelt werden, daß sie ohne Verdrüssigung etwaiger Renten nach ihren Leistungen bezahlt werden; 5. weder ein direkter noch ein indirekter Zwang zu Ueberstunden ausübt wird; 6. für die fehlenden Sicherheitsmänner und Arbeiterausgleichsmittel baldmöglichst bald Neuwahlen vorgenommen werden; desgleichen bei der Neubildung von Regieren und Fachabteilungen; 7. die geistlich vorgeordneten Befahrungen der Sicherheitsmänner regelmäßig erfolgen; 8. jugendliche Arbeiter soweit wie möglich nicht mehr unterirdisch anfahren, ferner jugendliche und weibliche Arbeiter nur mit solchen Verrichtungen beschäftigt werden, die der Gesundheit und körperlichen Entwicklung dieser Personen möglichst wenig nachteilig sind; 9. Arbeiterinnen nicht unter Tage beschäftigt werden und bei ihrer Beschäftigung über Tage auf ihren körperlichen Zustand sowie auf Gesundheit und Sittlichkeit die notwendigen Rücksichten genommen werden; 10. die Knappschaftskassen für Kranke, Invaliden, Witwen und Waisen den Lebensverhältnissen in etwa angepaßt werden; 11. die Familienkassen der einzelnen Werke ausgebaut und ihre Leistungen erweitert werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ueberschüsse der preussischen Staatswerke.

Von den gesamten preussisch-staatlichen Gruben, Hütten, Salzwerken und Salinen sind nach den jährlichen Betriebsberichten folgende genannte Ueberschüsse (in Millionen Mark) erzielt worden:

	Diensthilfe Betriebsüberlässe	im Jahre	Ueberschüsse	Rechnungs- mäßige Ueberschüsse	Bilanzmäßige Ueberschüsse
1910:	48,78	37,98	82,98	24,04	7,6 Prozent
1915:	53,47	41,74	80,43	23,85	9,0
1914:	24,85	41,76	29,97	0,99	11,8
1913:	57,10	41,55	22,05	35,38	11,8
1912:	50,40	27,70	16,76	40,76	10,8
1911:	28,67	21,79	1,06	20,32	5,9

Der höchste bilanzmäßige Ueberschuß (11,8 Prozent nach allen Abzügen) ist also 1913 erzielt worden, indessen war er 1916 immerhin noch höher wie 1911. Stellt man aber die Gesamtuüberschüsse gegenüber, so ergibt sich, daß das Jahr 1916 in Wirklichkeit sogar einen fast so hohen Betriebsüberlaß aufwies, wie das beste Jahr 1913. Berechnet wurden nämlich für sämtliche Werke (in Millionen Mark):

	1913	1916
1. Anlage- und Betriebskapital am 1. März	464,04	513,81
2. Abschreibungen	20,37	23,82
3. Einmalige und außerordentliche Ausgaben	20,72	11,94
4. Außerplanmäßige Ausgaben (Kriegsunterstützungen)	-	20,15
5. Zinsen und Tilgung	3,77	14,86

Zusammen Titel 2, 3, 4 und 5 49,86 70,77
Merzu Reingewinn 54,63 38,58
Zusammen 104,40 109,35
Das sind vom Anlage- und Betriebskapital 22,4% 21,4%

Im Jahre 1913 brachten die Bergwerke (bei Königsberg) 689 925 Mark Reingewinn, im Jahre 1916 erforderten sie 1 655 964 Mark Aufschuß. Ferner erforderten die Staatsgruben im Bezirk Neudammhausen bilanzmäßig einen Aufschuß von 142 601 Mark, im Jahre 1916 aber einen solchen von 10 061 233 Mark! Ueber die Ursachen dieses gewaltigen Defizits hat die Verwaltung nur eine durchaus ungenügende Auskunft gegeben. Würde dieses gewaltige Defizit nicht eingetretten sein, dann wäre die Gesamtbetriebsrente 1916 noch erheblich höher gewesen wie 1913.

Ueberschüsse der staatlichen Kalkwerke.

Nach den Betriebsberichten haben sich die Betriebsgewinne der Staatswerke Staßfurt, Weißenhede und Wittenburg wie folgt gestaltet: Die rechnungsmäßigen Ueberschüsse betragen:

1911: 3 391 Mill. Mark	1914: 1 812 Mill. Mark
1912: 7 325	1915: 4 080
1913: 7 480	1916: 5 640

An dem starken Sinken des Betriebsüberschusses im Jahre 1914 erkennt man die schlimmen Wirkungen des Krieges ge-

rade auf die Kalkindustrie. Aber 1916 war der Ueberschuß bereits wieder höher wie 1911, trotz erheblich geringerer Erzeugung. Sieht man genauer zu, dann findet man die andere Ursache der geringen Ueberschüsse mancher Kalkwerke. Wittenburg ist vom preussischen Fiskus zu einem sehr hohen Preise angekauft worden. Das Werk ist gut, aber infolge der zu hohen finanziellen Belastung wird kein bilanzmäßiger Reingewinn durch die hohen Zinsen- und Tilgungssummen stark geschmälert, in manchen Jahren (1914 und 1915) entstand sogar eine bilanzmäßige Substanz. Bei Wittenburg betrug der

	rechnungsmäßige Ueberschüsse	Bilanzmäßige Reingewinn
1911:	2 052 612	654 193
1912:	1 896 541	1 085 879
1913:	2 054 652	747 522
1916:	2 009 270	285 582

Der Betrieb brachte also recht gute Ueberschüsse, aber die Ueberkapitalisierung der Anlage drückte den Reingewinn gewaltig herab. Unter Ueberkapitalisierung leiden aber zahlreiche Kalkwerke, und das erklärt ihre viel geringere Rente trotz eines oft glänzenden Betriebsüberschusses. Die Werke Staßfurt und Weißenhede sind nicht mit hohen Ankaufspreisen belastet, ihr Ergebnis stellte sich wie folgt:

	rechnungsmäßige Ueberschüsse	Bilanzmäßige Reingewinn
1916:	3 451 265	4 018 909
1913:	5 424 997	5 331 541
1912:	5 726 460	5 722 527
1911:	3 389 971	3 671 779

Ihre Ueberschüsse überstiegen 1916 schon wieder die des guten Jahres 1911 und würden noch höher sein, wenn nicht wegen der andauernden Vermehrung der Kalkwerke die Absatzquote der einzelnen Werke anteilig verringert worden wäre! Das ist die andere Ursache der finanziellen Notlage mancher Werke, die sonst einen sehr hohen hohen Ueberschuß abwerfen würden. Im Jahre 1917 sind bekanntlich erhebliche Erhöhungen der Kalkpreise eingetreten, und werden sich dementsprechend auch die Werksüberschüsse gestalten.

Knappschaftliches.

Zur Generalversammlung des Niederholl. Knappschaftsvereins.

Der Vorstand hat in der am 21. Februar d. J. abgehaltenen Sitzung beschloffen, am 26. März eine Generalversammlung abzuhalten. In dieser soll über die von den Knappschaftsmitgliedern gestellten Anträge auf Verbesserung bzw. Erweiterung der Bestimmungen der Satzung beraten und beschloffen werden. Die Anträge sind sehr umfangreich, so daß es nur möglich ist, die wichtigsten zu bezeichnen.

Die Knappschaftsmitglieder fordern, daß die im § 17 vorgesehenen kleinen Hilfsmittel bis zum Höchstbetrage von 30 Mark (bisher 20 Mark) gewährt werden. Krankengeld soll in Höhe von 66% Prozent des Grundlohnes (bisher 60 Prozent) für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht, gezahlt werden. Der Grundlohn, der bisher 6 Mark für den Arbeitstag betrug, soll auf 8 Mark erhöht werden. Außerdem ist beantragt, daß das Krankengeld an alle Mitglieder vom ersten Krankheitstage an gezahlt wird. Sterbegeld, welches bisher nicht weniger als 50 Mark betrug, soll künftig mindestens 75 Mark betragen. Nach § 31 der Satzung haben Ehefrauen und die nach nicht 15 Jahre alten ehelichen und als ehelich anzusehenden Kinder Anspruch auf ärztliche Behandlung, wenn diese mit dem Kurberechtigten in häuslicher Gemeinschaft leben und nicht selbst gegen Krankheit versichert sind. Zu dieser Bestimmung ist beantragt, daß der Anspruch auf freie ärztliche Behandlung schon dann besteht, wenn die Erkrankten nicht selbst dem Krankenversicherungsamt unterliegen und sich in einem Kurbezirk aufhalten. Kosten, die durch Zurücklegung oder Vererbung von Spezialärzten entstehen, werden bisher zu einem Drittel auf die Kasse übernommen. Da dieser Teil zu gering ist, ist der Antrag gestellt, den halben Betrag auf die Kasse zu übernehmen.

Zu den Pensionskassenleistungen sind ebenfalls eine Anzahl Anträge gestellt, da die Pensionen für Invaliden und Witwen für unzureichend angesehen werden müssen. Die Steigerungssätze, die sich aus § 36 der Satzung ergeben, sollen erhöht werden, und zwar für den Beitragsmonat in den ersten 15 Dienstjahren um 1,80 Mark, vom Beginn des 16. bis zum Schluß des 30. Dienstjahres monatlich um 1,50 Mark und vom Beginn des 31. bis zum Schluß des 45. Dienstjahres monatlich um 1,20 Mark. (Die bisherigen Steigerungssätze betrugen 1,20 Mark, 1 Mark, 0,80 Mark und 0,60 Mark.) Die in der Satzung vorgesehene Aufrechnung nach §§ 1258, 1259 der RVO. soll gestrichen werden. Außerdem ist beantragt, die viel besprochenen Sittlichkeitsbestimmungen zu streichen. Die im § 58 der Satzung vorgesehene Begräbnisbeihilfe soll von 50 auf 75 Mark erhöht werden. Die Mitglieder der Pensionskasse, die ohne arbeitsfähig zu sein, aus der die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung ausgeschieden sind, berechnen, ihre bis zum Ausscheiden erworbenen Ansprüche auf die Pensionskassenleistungen dadurch zu erhalten, daß sie als Mitglieder der Arbeiterabteilung eine monatliche Anerkennungsgeld von 0,50 Mark und als Mitglieder der Beamtenabteilung eine solche von 1 Mark an die Pensionskasse entrichten. Der Verlust der erworbenen Ansprüche tritt in diesem Falle erst ein, wenn die Zahlung der Anerkennungsgeld für sechs aufeinander folgende Monate unterlassen ist. Zu dieser Bestimmung ist beantragt, die Frist auf 12 Monate zu verlängern. Außerdem sind noch einige Anträge gestellt, die von geringerer Bedeutung sind. Die Generalversammlung wird demnach über sehr wichtige Anträge zu entscheiden haben. Soweit die Anträge auf Abänderung der Satzung betr. Krankenkasse in Betracht kommen, werden diese wahrscheinlich bald in Kraft treten können, während die Abänderungen bezüglich der Pensionskasse erst später in Kraft treten, da es bis zur Beschlußfassung nicht möglich sein wird, die notwendigen Unterlagen zu beschaffen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Konstantin der Große X. In der letzten Ausschüttung am 20. Februar teilte hier der Hülfsführer Sträter mit, der Durchschnittslohn der Sauer und Zechehauer habe im November 12 Mark, im Januar 12,37 Mark betragen und solle weiter steigen. Das Ausschüttungsmitglied über Tage hat die bekannten Lohnforderungen nicht unterschrieben. Das war vorauszuhaben und ich habe dessen Wählern nichts. Wie man sich bettet, so schläft man. Warum haben sie ihn gewählt? Wir können nicht feststellen, ob die Durchschnittslöhne die angegebene Höhe haben. Tatsache ist jedoch, daß viele Arbeiter diesen Durchschnitt nicht erreichen. Es fehlt auch oft an Material, wie Bohrer, Schläuche, Gole usw., wodurch natürlich die Leistung und somit auch der Lohn ungünstig beeinflusst wird. Sogar kommt, daß manche Strecken in schlechter Verfassung und die Wagen nur schwer durchzubringen sind. Auch ist es üblich, Kohlenwagen am Stapel unangeordnet, um nachzufüllen. Die Nachschütten müßten besser trocken gehalten werden. Vor allen Dingen müßten aber die Bedingungen überall so aufgestellt werden, daß ausreichende Löhne verdient werden können.

Zeche Deutscher Kaiser 3 u. 7. Wegen mangelndem Material werden hier die Arbeiter besonders hart angefaßt. Das geht

boraus, daß die Verwaltung auch sonst für Ordnung sorgt. Es ist aber nicht in der Ordnung, daß Arbeitern, welche krankfeiern, ohne weiteres das Gehalt abgezogen wird. Wenn der Betrag auch später zurückerstattet wird, so haben die Arbeiter bis dahin doch allerlei Scherelei und Kauterei. Was die Verwaltung sich da herausnimmt, ist gewiss nicht zulässig. In der Ordnung ist es auch nicht, daß verlebte Arbeiter manchmal ungewöhnlich lange warten müssen, bis eine Tragbare herbeigekommen ist. So geht es auch noch in anderen Dingen. Wer aber Ordnung fordert, muß selbst Ordnung halten.

Zeche Friedrich der Große I u. II. Von hier gehen uns Beschwerden zu über die mangelnde Ordnung bei der Seilschaft, bei der Ueberwachung der Seilbahnstationen usw., für die der Arbeiterausschuß zuständig ist. Die Nachschicht fährt danach früher ein, wie die Mittagschicht ausfährt. Die Förderung ist dann noch im vollen Betrieb, wodurch die Leute stark gefährdet werden. In der Seilschaft ist zwar ein Fahrweg, doch ist derselbe stellenweise viel zu schmal, so daß sich die Leute beim Passieren von Wagen an den Stößen drücken müssen. Die Mittagschicht kommt zur Ausfahrt, die Pferde werden zum Stall getrieben, und so entsteht ein recht gefährliches Durcheinander. Hier müßte unbedingt für Ordnung gesorgt werden. Weiter ist es notwendig, daß die Seilbahnstationen beim Schichtwechsel in Empfang genommen und in Sicherheit gebracht werden. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Mehr wollen wir nicht sagen. Bei der Ausfahrt der Nachschicht müßte früh genug, bevor die Seilschaft beginnt, ein Anschläger da sein. Die Nachschicht befreit die Förderseile, und ohne daß von unten ein Signal gegeben wird, fahrt sie die Seilschaft in Bewegung. Das ist doch ein direkt toller Zustand. Warum wenden sich die Seilschaftsmitglieder nicht an den Arbeiterausschuß? Warum an uns? Wozu ist denn der Arbeiterausschuß da? Sollen wir umgehen und ausgefahlet zu werden?

Zeche Graf Bismarck 3 u. 5. Am 25. Februar mußte hier ein verlebter Arbeiter von 12 bis 3 Uhr in der Nachschicht warten, bevor für ihn Transportgelegenheit beschafft war. Von besonderer Ordnung zeugt das nicht. Es wirkt auch nur erbitternd, wenn mißliebige Arbeiter bei der Arbeit besonders überwacht werden. Eine solche Ueberwachung ist beleidigend und weder geeignet, das gute Einvernehmen zu fördern, noch die Leistung zu heben.

Zeche Graf Moltke I u. II. Hier sind den Arbeitern schon Geldbeträge für Waren abgezogen worden, die sie nicht erhalten hatten. Da scheint doch etwas nicht in Ordnung zu sein. Die Arbeiter haben dann nachher Kauferei und Scherelei, um zu ihrem Gelde zu kommen. Außerdem sind den Arbeitern schon im Januar die Geldbeträge für Lebensmittel abgezogen worden, die sie erst am 12. Februar erhielten. Die Verteilung durch die Werke hat schon soviel Unlichkeiten und Nachteile aller Art verursacht, daß so schnell wie möglich damit aufgeräumt werden sollte. Am 20. Februar hingen Strafzettel am schwarzen Brett mit einem Gesamtbetrag von 177,50 Mark an Strafen. Das ist keine Ausnahme. Uns scheint, das ist das Gute doch zu viel. Man schaut macht schartig. Es ist zu beklagen, daß wir das immer wieder an dieser Stelle sagen müssen. Aber die Herrschaften können nicht aus ihrer Haut heraus. Die Lohnunterschiede sind außerordentlich groß, wobei naturgemäß auch viel zu niedrige Löhne vorkommen. So verdiente eine Kameradschaft im November 8,30 Mark, im Dezember 8,94 Mark und im Januar 7 Mark. Ausbezahlt wurden 10,06, 8,94 und 9,23 Mark. Mehrarbeitarbeiten werden nicht ausreichend bezahlt, es soll alles im Gebirge herausgemittelt werden. Bei der Seilschaft auf der 3. Seile herrscht oft nicht die nötige Ordnung. Das ist auch bedauernd für die Arbeiter. Bei etwas Ordnungssinn müßte es gehen, ohne daß ein Aufschrei dabei zu stehen braucht.

Zeche Minister Adenbach. Welche unauskömmlichen Löhne hier gezahlt werden, zeigen eine Anzahl Lohnbücher, welche uns vorliegen. Danach verdienten im Januar pro Schicht ein Sauer 7,54 Mark, ein zweiter 10,09 Mark, ein dritter 7,54 Mark, ein vierter 7,88 Mark, ein fünfter 8,92 Mark, ein sechster 7,54 Mark, ein siebenter 7,54 Mark usw. Darunter befinden sich Leute, welche eine Familie mit 4 und 5 Kindern haben. Wie sollen diese durchkommen? So wird auch in dieser Zeit an der Menschenkraft Abbau getrieben. Weiter liegt uns das Lohnbuch eines Schleppers vor, der im Januar gar nur 4,40 Mark pro Schicht verdient hat. Damit läßt sich natürlich nicht auskommen. Dem Verbandsvorstande ist zu sagen, daß die Durchschnittslöhne der Sauer und Zechehauer schon im November auf 12 Mark, und auch die Löhne der übrigen Arbeiter im entsprechenden Verhältnis hierzu steigen sollten. Die Zulagen gehalten werden, zeigen die vorliegenden Lohnangaben. Alle Abmachungen, Rechte und Zulagen werden nur gehalten, wenn eine Macht dahinter steht, die ihnen eventuell Geltung verschaffen kann. Daß uns diese Macht fehlt, daran tragen die Unorganisierten die Schuld. Sie müssen auch dafür verantwortlich gemacht werden.

Zeche Rhein I u. II. Vom Betriebsführer Gibbels wird hier verlangt, daß die Streiker auf die Arbeiter einwirken sollen, ihr Butterbrot nicht gemeinsam, sondern abwechselnd zu essen. Was soll denn damit erreicht werden? Sind die Arbeiter wirklich nur Versuchssubjekte für derart mehr oder weniger unsinnige Ideen? Hat man denn ganz vergessen, daß der Arbeitsvertrag auf gegenseitiger freier Vereinbarung beruhen soll?

Zeche Westende 3 u. 4 (Rampschacht). Am 15. Februar war kein elektrischer Strom da, und mußten die Arbeiter der Mittagschicht bis 12½ Uhr nachts in der Grube liegen, wofür sie keine Entschädigung erhielten. Am nächsten Tage war kein Wasser zum Waschen da. Als die Mittagschicht nicht anfahren wollte, wurde sie vom Betriebsführer in hartem Tone zur Anschrift aufgefordert und mit Strafe bedroht. Was hat es aber für einen Zweck, anzufahren, wenn der Strom fehlt und die Arbeiter folglich nichts ausrichten können? Die Arbeiter fahren doch nicht der Wissenschaft halber ein, sondern um Geld zu verdienen. Einmal fehlt der Strom, dann wieder fehlt das Wasser, so daß die Arbeiter ihre vollen Schichten nicht verrichten können und schwer benachteiligt werden. Hier muß unbedingt etwas geschehen, um die Arbeiter wenigstens einigermaßen schloß zu halten. Dem Streiker Zimmer von Revier 3 wird größere Burchhaltung dringend empfohlen, und zwar in seinem eigenen Interesse.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Braunkohlengrube Wilhelmsgrube bei Bach (Westermath). Am 6. Februar d. J. hatten wir an den zuständigen Hülfsbergverwalter in Dillenburg eine Beschwerde gerichtet, weil auf dieser Grube, obgleich die Belegschaft über 100 Mann betrage, kein Arbeiterausschuß bestünde. Darauf erhielten wir am 2. d. Mts. folgendes Schreiben:

Erwidrerung auf des Schreibens vom 6. vor. Mts.: Das Braunkohlengruben Wilhelmsgrube bei Bach beschäftigt im verflochtenen Kalenderjahr im Mittel unter 100 Mann; sobald dort in der Regel mindestens 100 Verpleute angelegt sein werden, wird baselbst ein Arbeiterausschuß, gemäß § 80 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. 6. 1865, in der derzeitigen Fassung errichtet werden. Die Errichtung eines Arbeiterausschusses nach den Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst ist auf demselben Wege geleitet worden.

Am 22. Februar wurde nun den Belegschaftsmitgliedern vom Betriebsführer Krumme gesagt, daß am 11. März die Wahl des Arbeiterausschusses stattfinden würde. Zugleich gab derselbe auch die Kandidaten bekannt, die gewählt werden müßten. Selbstverständlich waren dieselben unorganisiert. Der Betriebsführer Krumme denkt sich danach den Burgfrieden so, daß jeder eine Teil alles gefallen lassen muß und der andere meckern kann, was er will. Derselbe hat hier zweifellos seine Methode überliefert. Er hat den Arbeitern keine Vorteile an-

machen, welchen Kandidaten sie bei der am 11. stattfindenden Wahl ihre Stimme geben sollen. — Die Löhne auf dieser Grube lassen sich zu wünschen übrig. Nach einem uns vorliegenden Lohnbuche hat ein Hauer in 7 Monaten, von Juni 1917 bis Januar 1918, 196 Schichten verfahren und einen Bruttolohn von 1029,99 Mark verdient, das macht pro Schicht 5,26 Mark. Dieser Hauer hat bei weitem noch nicht den schlechtesten Lohn verdient. Auf eine von unserem Verbands gemacht Eingabe auf Gewährung einer 15prozentigen Teuerungszulage hat sich Herr Krummme dahin geäußert, daß er keine Teuerungszulage gewähre, und er lasse auch keinen Knecht pro Schicht mehr verdienen, eher würde der Betrieb eingestellt. Herr Krummme muß ja wissen, was er zu tun gedenkt. Jedenfalls ist das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen. Oft müssen auch auf diesem Wege die Arbeiter unbillige Forderungen hören. Ein Hauer, der im Betrieb beschäftigt und wegen schlechtem Schichtlohn seine Arbeit nicht fortsetzen konnte, erhielt, nachdem er im Besitze von ein Paar neuen Stiefeln war und seine Arbeit wieder antreten wollte, vom Betriebsführer den Befehl, über Tage zu arbeiten. Wenn ihm das nicht passe, könne er die Arbeit erhalten. Ein solcher Vorschlag ist wirklich nicht angebracht. Es sollten vielmehr in allen Fällen die Verhältnisse mehr berücksichtigt werden. Den hier beschäftigten Bergarbeitern, die noch nicht dem Verbands angehören, empfehlen wir dringend, sich anzuschließen, nur dann wird es anders.

Zeche Wilhelmine Neuwissen. Von hier wird uns mitgeteilt, daß den Kameradschaften manchmal Kohlenwagen abhandeln kommen, und zwar in erheblicher Zahl. Die Annahme liegt nahe, daß sie nicht angeordnet werden, weil die fraglichen Nummern nicht fehlen. Wenn die Nummern aber da sind, müssen auch die Wagen da sein. Es kann also nur am Anordnen liegen. Auch angeblich nicht rein oder ausreichend beladene Kohlenwagen werden beanstandet. Ein Steiger im Revier 2 fordert sogar, daß die Kohlen im Wagen mit der Schaufel festgeschlagen werden. Warum machen die Arbeiter nicht von dem Recht Gebrauch, das ihnen laut Berggesetz zusteht, und stellen einen aus ihrer Mitte gewählten Kohlenkontrollleur an? Der würde dafür zu sorgen haben, daß den Arbeitern kein Unrecht geschieht, und damit wären alle diesbezüglichen Beschwerden behoben. Warum wird also ein solcher Kontrollleur nicht gewählt und angestellt? Glauben die Arbeiter, die Werkseigener würden ein so wichtiges Recht ebenfalls nicht benutzen? Die Wafskasse ist viel zu beschränkt, die Brausen laufen teilweise nicht. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Ueber Verteilung und Gewicht der Partoffeln und sonstigen Lebensmittel werden Klagen geführt. Warum wird der Arbeiterausschuß nicht zur Mitwirkung herangezogen, wie es von den verantwortlichen Stellen angeordnet wurde? Warum drängen die Arbeiter nicht darauf, daß es geschieht? Warum lassen sie sich alles gefallen? Aber, die Unorganisierten wollen es nicht besser haben, sonst würden sie sich längst unserem Verbands angeschlossen haben.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe. — Steinkohlenwerke Barsinghausen am Deister. Kürzlich wurde hier ein Verbands der Fröhlschicht erst gegen 3 Uhr morgens von anderen Arbeitern aus der Grube gedrängt. Er war infolge des Geschloßqualmes erkrankt, und da er allein arbeitete, vor seiner Arbeit liegen geblieben. Seine Angehörigen harterten nun ängstlich seiner Rückkehr. Als dieselbe am späten Abend noch nicht erfolgt war, machte sich seine Frau voller Angst auf den Weg, um Erkundigungen einzuziehen. Da stellte sich heraus, daß der Mann noch in der Grube, aber von niemand vernommen worden war. Hier entfüllen sich wirklich unbillige Zustände. Ein Mann bleibt über seine Schichtzeit hinaus mehr als 12 Stunden in der Grube und wird nicht vernommen. Wie steht es denn da mit der Kontrolle? So eine Kontrolle ober zur Feine! Die Fälle, wo Arbeiter allein vor einem Betriebspunkte beschäftigt sind, liegen nicht beseitigt. Wenn man einem solchen Arbeiter etwas zulegt, dann ist er seinem Schicksal überlassen, unter Umständen dem Untergang geweiht, weil bei der besten Kontrolle auch noch vollbrachter Schicht niemand vernommen wird, wie der vorliegende Fall beweist. Hier müssen sofort die notwendigen Änderungen eintreten. So darf unter keinen Umständen weiter mit Menschenleben gespielt werden.

Königreich Sachsen. — Mansfelder Gewerkschaft (Kruppstraße bei Eisleben). Die Lohnverhältnisse lassen hier noch viel zu wünschen übrig, das zeigen einige uns vorliegende Lohnzettel. In einem Fall betrug der in Gedingearbeit verdiente Lohn nur 2,44 Mark pro Schicht. Hinzu kommt noch eine Teuerungszulage von 50 Pf., womit der Lohn auf 2,94 Mark pro Schicht steigt. In dem anderen Fall betrug der Gedingelohn 5,36 Mark pro Schicht. Hinzu kommt noch eine Teuerungszulage von 50 Pf., womit der Lohn auf 5,86 Mark pro Schicht steigt. Niemand wird behaupten wollen, daß solche Löhne auskömmlich sind. Aber die Mehrheit der Arbeiter der Mansfelder Gewerkschaft will es nicht besser haben. So wurde z. B. der Arbeiterausschuß des bei Geitshardt gelegenen Messingwerkes von der etwa 1000 Mann starken Belegschaft im vorigen Jahre beauftragt, Lohnforderungen zu erheben. Hinterher unterdrückte dieselbe Belegschaft auf Verlangen der Verwaltung, daß der Lohn hoch genug und sie damit zufrieden sei. Soweit hat die Mansfelder Gewerkschaft die Arbeiter schon gebracht, daß diese auf Verlangen in solcher Weise durch Unterdrückung befreit werden. Wir sind rüddellose Engländer und Kammerlappen, die sich jeder Selbstschätzung begeben haben. Da brauchen wir uns über nichts mehr zu wundern. Wir müssen es natürlich ablehnen, für solche unorganisierten Elemente die Kassen aus dem Feuer zu holen. Wer nicht hören will, muß fühlen.

Oberbergamtsbezirk Breslau. — **Doerschlag bei Kottbus.** Die Lohnunterdrückung sind hier außerordentlich groß. Es ist schon vorgekommen, daß ein Hauer nur 4,50 Mark verdiente. Die Löhne der Zimmerbauer betragen 6,50 und 6,70 Mark. Für die jetzige Zeit ist das viel zu wenig. Der Herr Direktor Wiporin hat einen Durchschnittslohn für Hauer und Lehrhauer von 10 Mark festgelegt. Viele Arbeiter aber erreichen diesen Durchschnittslohn nicht. Die Heizung im Badestube ist unzureichend und erfolgt nicht regelmäßig. Das Badewasser ist manchmal zu heiß, dann wieder zu kalt. Im Badestube sind die Fenstergehänge teilweise kaputt, so daß Wind und Wetter Zutritt haben. Am Duerichlag über der Kabine hängt der eiserne Kasten, in welchen das elektrische Kabel mündet, viel zu niedrig. Da muß sich wohl erst jemand den Kopf einrennen, bevor die notwendige Änderung erfolgt. Das sind alles Angelegenheiten, die in den Abschlüssen besprochen und danach abgeändert werden müssen. Warum geschieht es nicht? Warum müssen wir uns an dieser Stelle damit beschäftigen?

Uebersicht. Sehr hart werden hier diejenigen angefaßt, welche willkürlich, besonders nach Abschlags- und Lohnzügen, feiern. Kinderzulagen und Regelmäßigkeitsprämien werden ihnen in der Regel gezücht. Das willkürliche Feiern können wir nicht gutheissen. Aber — wer Ordnung fordert und mit solchen harten Mitteln durchzusetzen sucht, muß selbst Ordnung halten, sonst bewirkt er das Gegenteil, von anderen Ordnung zu fordern und solche Mittel anzuwenden. Wie es aber damit steht, kann man schon sehen, wenn man nur in die Kasse hineinschaut. Dort sind die Aufzeichnungen an beiden Türen angebracht, so daß Hauer und Zimmerbauer ungehindert Zutritt haben. Die Aufzeichnungen sind sehr unregelmäßig und in nicht ausreichender Zahl. Der Fußboden ist so kalt, daß sich die Arbeiter Erkältungskrankheiten

zugiehen müssen. In der Grube ist die Wetterführung teilweise sehr mangelhaft. Es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter infolge der mangelhaften Wetterführung betäubt wurden. Die Löhne sind teilweise völlig unzureichend. Es kommen sogar noch Hauerlöhne von 6,60 Mark vor. Vor dem Schlichtungsausschuß hat der Direktor einen Durchschnittslohn für Hauer und Lehrhauer von 9,52 Mark angegeben. Es gibt aber noch sehr viele Arbeiter, die weit unter diesem Durchschnittslohn bleiben. Ein besserer Lohnausgleich ist unbedingt notwendig. So bleibt in der Grube und über Tage in jeder Beziehung noch viel zu wünschen übrig. Erst wenn da liberal Ordnung geschaffen ist, hat die Verwaltung das Recht, auch von den Arbeitern Ordnung zu fordern.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Schlagwetterexplosion auf Friedrich der Große.

Bei der Schlagwetterexplosion auf Zeche Friedrich der Große I und II in Gerne, am 28. Februar, wurden nicht 23, sondern 26 Vergleite getötet. Die Explosion ereignete sich vormittags gegen 8 Uhr, auf der 5. Sohle, in Flöz Hugo, Ort 10. Es handelt sich um einen Ruffenbetrieb. Die in Betracht kommende Strebe ist etwa 120 Meter hoch. Wie sich das Schlagwetter in so erheblicher Menge ansammeln konnten, ist nicht leicht zu erklären. Dieselben können sich in Blindörter angeschlossen haben, von denen 11 vorhanden sind. Sie können sich aber auch in einem 30 Meter hohen Aufstoss umweil des Ruffenbetriebes angesammelt haben, der nicht ausreichend beventiliert war. Bemerkenswert ist, daß schon im Dezember sich an der gleichen Stelle eine Schlagwetterexplosion ereignete, wodurch 5 Arbeiter verletzt wurden.

Ausführung auf Hugo 1.

Am 20. Februar fand auf Zeche Hugo I eine Ausführung statt, in welcher die Lohnforderungen behandelt wurden. Der Anführer erklärte, daß die vom Ausschuss gewünschte Lohnstaffelung nicht beibehalten werden könne, weil es an Kräften fehle, um die dadurch bedingte große Mehrarbeit zu bewältigen. Der Durchschnittslohn der Hauer und Lehrhauer habe betragen im November 11,57 Mark, im Dezember 12,40 Mark und im Januar 12,45 Mark. Die Lohnforderungen könnten nicht beibehalten werden, dagegen sollten bei zureichender Leistung die Durchschnittslöhne für Hauer und Lehrhauer bis zu 13,50 Mark steigen. Die Spannung zwischen Gedinge- und Schichtlöhnen sei etwas groß und soll deshalb den Schichtlöhnen bis zum 1. April 20 Pf. angehoben werden. Augenblickliche Arbeiter, welche die Vergütung aufnehmen und bisher 1,70 Mark erhalten haben, sollen von jetzt ab 2 Mark bekommen. Entsprechend dem Alter soll dann ihr Lohn weiter steigen. Eine Lohnzulage für weibliche Arbeiter ist nicht möglich, da deren Leistungen das nicht zulassen. Im übrigen sollten die Löhne weiter steigen. Eine Verdröpfung des Kindergeldes wurde abgelehnt. Die Beschwerden gegen den Steiger Trebers wurde entgegenkommend beantwortet. Der Anführer erklärte, es könne nicht geduldet werden, daß die Beamten die Arbeiter schlecht behandeln. Den übrigen noch weiter vorgetragenen Wünschen und Beschwerden soll Rechnung getragen werden.

Belegschaftsverammlung der Wälderstraße.

Am 3. März fand in Rentfort eine gutbesuchte Belegschaftsverammlung der Wälderstraße statt, in welcher nach dem Bericht des Arbeiterausschusses und nach reger Ausdrucks nachstehende Entschlüsse einstimmig angenommen wurde: „Die Belegschaft erklärt, daß die jetzt gezahlten Löhne meistens nicht ausreichend sind, um die Lebenshaltung zu bestreiten. Sie beauftragt den Arbeiterausschuß, die gestellten Lohnforderungen auch weiterhin, eventuell vor dem Schlichtungsausschuß, zu vertreten. Die Belegschaft ist nach wie vor bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um dem Vaterlande zu einem gesicherten Frieden zu verhelfen. Sie erwartet aber auch ein entsprechendes Entgegenkommen in Lohn- und sonstigen Fragen. Besonders müssen die niedrigen Löhne und Gedinge entsprechend aufgebessert werden. Wegen des von vielen Beamten noch geforderte Arbeitsentlohn erhebt die Belegschaft entsprechenden Einspruch, ebenso gegen das Nachfüllen der Kohlenwagen auf Kosten der Arbeiter.“

Kranzamenladen auf Rheinbaben.

Ein Steiger der Rheinbaben schreibt uns: „Die ‚Bergarbeiter-Zeitung‘ brachte in ihrer Nummer 8 einen Bericht über die Ausführung auf unserer Schichtanlage. Man las darin von Bestrafungen wegen Mindermaß, die von dem neuen Betriebsführer verhängt worden sind, um besseres Laden der Wagen zu erreichen. Nun ist im Landtage wegen der Forderung der Zeche, Kranzamen zu laden, gesprochen worden, und die Regierung hat diese Forderung für nicht berechtigt erklärt. Am 21. Februar mußten wir Steiger der Mittagschicht um 11 Uhr zur Zeche kommen, nachdem wir schon mehrere Stunden Schichtdienst bei der Löhnung getan. Hier schimpfte der Betriebsführer über das erneute schlechte Laden der Wagen und sagte, daran sei der Zeitungsausschnitt schuld. (Bericht über die Sitzung der Hauskommission im Landtag betr. Kranzamenladen in Nr. 6 der ‚Bergarbeiter-Zeitung‘.) Von uns Steigern verlangte er volle Wagen, und so lange es nicht besser würde, müßten wir Brückendienst machen. Jeden Tag vier Mann je zwei Stunden. Wir sind nun übel dran. Durch Bestrafungen können wir doch nichts daran ändern, denn die Arbeitsordnung läßt nur eine Schichtrate von 5 Mark zu. Nun haben wir bisher auf Verlangen des Betriebsführers die Leute nicht nur wegen schlechten Ladens, sondern wegen des gleichen Deliktes unter dem Namen: ‚Nichtbefolgung gegebener Anordnungen‘ bestraft, wobei höhere Strafen verhängt werden konnten. Das ist aber jetzt auch verboten worden. Wir können uns also nicht mehr den Mühen des Ladens und nun bestraft man uns.“

Würden die beauftragten Wagen auf der Brücke umgeladen und neu eingeladen, würde mindestens 95 Prozent der Wagen reichlich voll werden. Denn die Kohlen sind durch den Transport und die Stöße der Maschine ganz gehörig zusammengepresst. Manche Wagen sind auch schlecht, und der feine Dreck fällt raus, wofür doch weder Arbeiter noch Steiger können. Schuld an dem ganzen Klamauk ist die Minderförderung. Der Kohlenverfracht ist immer niedriger gewesen, als er nach der Zahl der geförderten Wagen sein sollte. Am 21. Februar hat nun die Polizei den Expedienten Röder und seinen Gehilfen, Schulte-Hütel, verhaftet, weil sie Kohlen für eigene Rechnung verschoben haben. Wie lange das schon geht, und wie groß die Schiebung sind, muß die Untersuchung ergeben. Aber wir indignantierenden Steiger und Arbeiter haben es diesen Lenden zu verdanken, daß wir wegen dem sogenannten schlechten Laden der Wagen aufgeschwänzt werden.

Hoffentlich bringt die Untersuchung bessere Aufklärung als leiserzeit in der Lebensmittel- und Seifenfabrik. Die Sache ist so eigenartig still erledigt worden, daß man zu allerlei Vermutungen kommen muß. Den einen der Täter hat man nach Serbien abgeschoben, und der andere ist noch kurzer Krankheitszeit auf der Inspektion zu Glatz eingestuft worden.

Wenn man so miserabel behandelt wird, bleibt uns Steigern ja gar nichts mehr übrig, als bei den Arbeitern Schuld zu suchen, denn es fehlt fast nichts mehr dron, außer den Bestrafungen und dem Strohdiener in der Woche auch des Sonntags noch Prügel zu kriegen.“

Kollektur vor dem Schlichtungsausschuß.

Am 1. März wurde die von dem Arbeiterausschuß vertretene Klage der Belegschaft vor dem Kollektiv I und II vor dem

Schlichtungsausschuß in Dortmund verhandelt. Der Belegschaftsvertreter zeigte nicht das gewünschte Entgegenkommen, so daß der Schlichtungsausschuß eine Entscheidung treffen mußte. Entschieden wurde, daß der Durchschnittslohn für Hauer und Lehrhauer im März 13,25 Mark erreichen und auch der Lohn der übrigen Arbeiter im angemessenen Verhältnis hierzu steigen soll. Das Protokoll der Verhandlung lautet:

Der Arbeiterausschuß hat beantragt: für Hauer und Lehrhauer einen Mindestlohn von 15 Mark, für Reparaturhauer und vollqualifizierte Schichtführer einen Lohn von 12 Mark, für Invaliden einen Lohn von 10 Mark, für Schlepper einen Lohn von 8 Mark, für jugendliche Schlepper einen Lohn von 5 Mark, für Frauen einen Lohn von 6 Mark. Die Belegschaft hat erklärt, daß der Gewinn- und Kohlenhauerdurchschnittslohn sich wie folgt entwickeln habe:

	Kollektiv I	Kollektiv II	im Durchschnitt
	Mr.	Mr.	Mr.
Oktober 1917	11,22	11,88	11,51
Dezember 1917	11,92	11,98	11,95
Januar 1918	12,10	11,98	12,03

Auch wurde in den folgenden Monaten unter dem Vorbehalt gleicher Arbeitsleistung und gleicher Betriebsverhältnisse eine gleichmäßige Lohnsteigerung vorgenommen werden, ohne daß bestimmte Zuschläge über deren Höhe gemacht werden könnten; insbesondere werde am 1. März 1918 eine Erhöhung der Schichtlöhne um durchschnittlich 30 Pf. erfolgen.

Der Arbeiterausschuß ermächtigte seine Forderung dahin, daß er an Stelle des Mindestlohnes einen Durchschnittslohn für Hauer von 15 Mark begehrt.

Die Belegschaft erklärte, weiteres Entgegenkommen nicht zeigen zu können.

Der Schlichtungsausschuß hätte in Erwägung aller in Frage kommenden Umstände folgenden Schiedsspruch:

1. Er stellt fest, daß auf den Belegschaft I und II eine Erhöhung des Hauerlohnes in dem Umfang angebracht ist, daß bei normaler Arbeitsleistung und bei normalen Betriebsverhältnissen im Monat März 1918 ein Hauerdurchschnittslohn von 13,25 Mark erreicht wird.
2. Der Schlichtungsausschuß stellt ferner fest, daß es angemessen ist, wenn auf den Belegschaft I und II bei normaler Arbeitsleistung und bei normalen Betriebsverhältnissen die Durchschnittslöhne aller übrigen Arbeitergruppen in demselben Maße wie die Löhne der Hauer im Gedinge im Monat März steigen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Zuständnisse im rheinischen Braunkohlenbergbau.

Zwischen dem Arbeitgeberverband im rheinischen Braunkohlenrevier und unserem Verbands, sowie dem christlichen Gewerksverein wurde am 25. Februar, über die Forderungen der rheinischen Braunkohlenarbeiter verhandelt und eine Einigung erzielt. Bis zur Entscheidung über die Gewinne aus den Auslandsverträgen und eine weitere Preissteigerung der Brutto werden danach ab 1. März in Anrechnung auf die kommende Lohnsteigerung folgende Teilerhöhungen bewilligt:

1. Eine Teuerungszulage von 50 Pf. für jede verfahrenene Schicht, bzw. 25 Pf. für jede halbe verfahrenene Schicht.
2. Eine Erhöhung des Kindergeldes von 10 Pf. auf 20 Pf. überall da, wo Kindergeld gezahlt wird oder, wo das nicht der Fall ist, eine dieser Erhöhung entsprechende gleichwertige anderweitige Zulage.

Der Lohnzuschlag von 100 Prozent für Arbeiter an Sonn- und Feiertagen, einschließlich der kirchlichen Feiertage, Fronleichnam, Peter und Paul, Allerheiligen und Maria-Empfängnis, wird ausstehend. Dieser Lohnzuschlag von 100 Prozent tritt für die Tagesarbeit an diesen Sonn- und Feiertagen von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr ein.

Für die 24-stündige Nachschicht wird ein solcher Lohnzuschlag ausstehend, daß für die Nachschicht Bezahlung von im ganzen 36 Stunden erfolgen.

Für die in Überstunden vorzunehmenden Arbeiten wird, unter Vorbehalt der Gedingeeinbarung für besondere Arbeiten ein Lohnzuschlag von 25 Prozent für die wirklich gearbeiteten Stunden bewilligt an Stelle der bisher gebräuchlichen Stundenzuschreibung.

Die Werksbetriebe haben also hier mit den Vertretern der Arbeiterorganisation verhandelt und nichts ist dabei aus den Fugen gegangen, im Gegenteil, es kam zu einer Verständigung. In Bayern haben die Werksbetriebe mit den Organisationsvertretern verhandelt und es kam ebenfalls zu einer Verständigung. Das beweist, daß eine Verständigung möglich ist, wo es nicht an gutem Willen hierzu fehlt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 11. Woche (vom 10. bis 16. März 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Verbandsmitglieder! Werbt stets neue Mitglie-der! Führt die jetzt zahlreich auf den Werken beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen unserem Verbands zu!

Bühnenrevisionen.

- Erfschwid. Vom 15. bis 31. März.
- Kienke. Vom 15. bis 31. März.
- Schönebeck. Vom 24. bis 31. März.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Bülte. (Verdichtung.) In Nr. 8 der ‚Bergarbeiter-Zeitung‘ muß es anstatt Karl Rih, Sagenlottestraße, Gottlieb Rih, Sagenbrennstraße 6 b, heißen.

Schmeiler. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, von 10 bis 11 Uhr, beim Vertrauensmann, Kameraden Stach, Wilhelminenstraße 5.

Adressenänderungen.

Kaltehardt. Als Vertrauensmann fungiert der Kamerad Peter Jakob, Kaltehardt, Rabenholtz Nr. 11.

Achtung Knappschäftsstelle!

Kommission Bochum.

Donnerstag, den 17. März, nachmittags 3 Uhr, im Bergarbeiterheim in Bochum.

Quartals-Sitzung.

Kommission Essen.

Donnerstag, den 17. März, vormittags 9 1/2 Uhr,

Quartals-Sitzung.

im Lokale „Groß-Offen“ in Essen, Steelerstraße 17.

Preis- und Lohnpolitik im Bergbau

(Vortrag von Redakteur Th. Wagner in Bochum)

zum Preise von 10 Pf. bei G. Gansmann & Co., Bochum.